

Beilage 2

REFERAT VON HERRN PROFESSOR CURT GASTEYGER
AN DER BOTSCHAFTERKONFERENZ, VOM 31.8.1977

Sicherheit in einer sich ändernden Welt

Der Titel wurde mit Bedacht gewählt. In der Tat scheint uns das Hauptmerkmal der gegenwärtigen Weltlage ein tiefgreifender Wandel des internationalen Systems zu sein. Es ist ein Wandel auf vielen Ebenen und in vielen Richtungen. Vieles, allzu vieles ist in Fluss gekommen und damit unvorhersehbar, "unpredictable" geworden.

Um nur einige Entwicklungen anzudeuten: in Lateinamerika mehren sich Anzeichen einer vorsichtigen Abwendung von der traditionellen Führungsmacht, den Vereinigten Staaten, und ein tastendes Sich-Oeffnen nach zumindest wirtschaftlichen Alternativen. Japan und Europa stehen hierbei im Vordergrund. Es wäre eine Entwicklung von säkularer Bedeutung. Sie ist hier nur festzustellen, weil auch sie ihren Schatten auf die amerikanische Weltmachtstellung zu werfen beginnt.

Afrika sieht sich, aus mancherlei Gründen, fast unversehens in den sich ausweitenden Ost-West Konflikt miteinbezogen. Die Besonderheit dieses Konflikts ist allerdings, dass er - mehr oder weniger offen - von Stellvertretern oder Verbündeten der beiden Weltmächte mitgetragen wird: seien es Kuba oder die DDR hier, oder arabische Länder dort. Und eine zweite Eigenart findet sich darin, dass - wie etwa in Angola - ein treibendes Element des sowjetischen Engagements in Afrika nicht die Rivalität mit dem Westen, sondern mit China ist.

Die Krise im Libanon hat im Mittleren Osten über Nacht neue Fronten, Bindungen und Feindschaften entstehen lassen. Sie hat zwar die Position der Sowjetunion weiter geschwächt, zugleich aber auch eine peinvolle Hilflosigkeit des Westens, Europas zumal beim Niedergang dieser wirtschaftlich und politisch wichtigen Bastion, aufgedeckt.

./.

- 2 -

In Asien kam es in China, Indien, Pakistan, Thailand und Ceylon zu einem Wechsel in der Führungsspitze, der die politische Landkarte des Kontinents in vielfacher Weise verändern und zu ganz neuen Konstellationen führen kann. Ähnliches kann auch nach dem Rückgang der USA aus Südkorea geschehen. Das gewaltsam wiedervereinigte Vietnam wirft seinen Schatten weit über Indochina hinaus; ob es auch das Denken der nordkoreanischen Kommunisten beeinflussen wird, bleibt abzuwarten.

In Westeuropa schliesslich sind wir Zeugen eines ebenso erstaunlichen wie erfreulichen Demokratisierungsprozesses: erstmals in seiner Geschichte wird der westliche Teil unseres Kontinents, von Finnland bis zur Türkei, von Oesterreich bis hin nach Portugal, demokratisch regiert. Der Preis hierfür ist allerdings fast überall grössere Instabilität im Inneren und, bei der immer stärkeren Bindung der Aussenpolitik an innenpolitische Kalküls, eine Beschränkung der Handlungsfähigkeit nach aussen. Instabilität zeugt auch die Möglichkeit grösserer Einflussnahme der extremen Linken.

Nur im sowjetischen Lager bleiben offenbar Begriffe wie "Wandel" und "Reform" aus dem politischen Alltag ausgeklammert: die Unfähigkeit zu tiefgreifenden, längst fälligen Reformen bleibt die grösste Schwäche der kommunistischen Länder. Sie ist wohl gerade deswegen auch die wichtigste Quelle der Unsicherheit in Europa. Denn sie hat ihre Kompensation und Kontrolle in einer gestärkten sowjetischen Militärmacht gefunden.

Damit sind in ganz groben Zügen jene Tendenzen skizziert, die Bild und Problematik der internationalen Sicherheit von heute bestimmen. Ich möchte - thesenartig nur - fünf Aspekte herausgreifen, die wie folgt zu umschreiben wären: 1. Militarisierung der Welt, 2. Dynamik des Rüstungswettlaufs, 3. Krise der Rüstungskontrolle, 4. sowjetischer Wille zur Weltmacht und 5. Asymmetrien im strategischen Gleichgewicht.

./.

- 3 -

Militarisierung der Welt

Mit diesem Ausdruck spreche ich drei, sich teils ergänzende, teils konkurrierende Entwicklungen an: einmal das, was auf englisch mit "diffusion of power", einer Ausbreitung machtpolitischer Instrumente, bezeichnet wird. Dazu gehören in erster Linie Erwerb und Herstellung konventioneller Waffen durch Länder der Dritten Welt. Dem folgt, zweitens, der Transfer von Technologie, nuklear Technologie im besonderen - also das, was man auch mit "ziviler Proliferation" bezeichnet. Und drittens finden sich bei einer wachsenden Zahl von Entwicklungsländern Ansätze zu einer eigenen Rüstungsindustrie.

Alle diese Entwicklungen sind dort besonders bedeutsam, wo sie die Entstehung neuer regionaler Mächte - von Brasilien und Nigeria über den Iran und Saudi-Arabien bis hin zu Vietnam und Indonesien - erleichtern. So unterschiedlich diese Länder in Struktur, Grösse und Potential sind, so haben sie mindestens zwei Elemente gemeinsam: sie verfügen alle über ein bedeutsames Machtpotential - sei es militärischer oder wirtschaftlicher Natur; und sie sind - vom Ausnahmefall Vietnams abgesehen - in ihrer politischen Orientierung überwiegend konservativ. Man ist versucht, neuerdings auch Indien zu dieser Gruppe zu zählen. Das kann eine Rolle gerade dort spielen, wo die Sowjetunion ihre Einflussosphäre erweitern will und auf den Widerstand gerade dieser wichtigen Länder stossen kann. Ihr machtpolitischer Ehrgeiz oder blosser Reichtum an Ressourcen manifestiert sich jedenfalls häufig in grossen Waffenkäufen oder auf nuklearem Gebiet. Wir alle wissen, welche gewaltigen Dimensionen das, was gemeinhin "Waffenhandel" genannt wird, heute angenommen hat. Er hat sich durch die Oktoberkrise von 1973 zusätzlich angetrieben, sowohl hinsichtlich Umfang wie geographischer Verbreitung und Qualität der Waffen ausserordentlich ausgedehnt. Seit 1974 werden jährlich Rüstungsgüter im Werte von ungefähr 12-14 Mrd Dollar (Schätzung) an Entwicklungsländer geliefert; 1976 betrug die Gesamtsumme der bestellten Waffen über 20 Mrd Dollar. 95 Länder importierten schwere Waffen

./.

- 4 -

(Raketen, Panzer, Flugzeuge, Schiffe). Die Waffenverkäufe insgesamt stellen etwa 11 % des Weltexportes dar.

Trotz dieser eindrücklichen Zahlen sind einige nicht unwichtige Einschränkungen am Platz. Sie sind es zumal deshalb, weil sich mit dem Thema "Waffenhandel" oft mehr Emotionen als Wissen, mehr moralisierende Verdammung als nüchterne Ueberlegung verbinden.

Erstens: der Grossteil des "Waffenhandels" findet immer noch innerhalb der Militärallianzen (nördliche Hemisphäre) statt;

Zweitens, der "Waffenhandel konzentriert sich auf bestimmte Weltregionen, vor allem den Mittleren Osten. So hat Nigeria trotz seines Oelreichtums bisher sehr wenige Rüstungskäufe getätigt.

Drittens, einen völlig ungehemmten Waffenhandel gibt es nicht. Vielmehr bestehen gewisse Schranken und Auflagen (wie in der Schweiz). Auch blieb der Transfer bis jetzt auf konventionelle Waffen begrenzt.

Viertens, viele der bestellten Waffen sind noch nicht geliefert, ihre eigentliche Wirkung deswegen noch unbekannt. Diese braucht nicht unbedingt negativ zu sein, sondern kann durchaus auch zur Stabilisierung einer Region beitragen. Man wird sich deswegen vor Verallgemeinerungen und Pauschalurteile zu hüten haben. Wenn trotzdem die Aussichten auf eine Begrenzung des Waffentransfers gering sind, einmal, weil die Empfängerländer sie wünschen, zum andern, weil die westlichen Lieferländer, ihre Energieversorgung damit sicherstellen und ihre Zahlungsbilanz ausgleichen wollen.

Hinter den Schlagzeilen über den Waffentransfer von Nord nach Süd vollzieht sich allerdings eine Entwicklung, die möglicherweise für alle Beteiligten viel weiterreichende Folgen haben wird. Ich meine den Aufbau nationaler Rüstungsindustrien in der Dritten Welt. So ist die Zahl jener Länder, die in den letzten zehn Jahren (1965-75) Uberschallflugzeuge herstellen, von 38 auf 76 angestiegen (Afrika: von 1 auf 7; Ostasien: von 5 auf 11; Mittlerer Osten: von 5 auf 13).

./.

- 5 -

Unterseeboote werden heute in 37 Ländern (1965: 26), und Boden-Luft-Raketen in 53 (1965: 32) Ländern produziert.

Es gibt viele Gründe für diese Entwicklung: sei es der Wunsch nach Rückversicherung oder grösserer Unabhängigkeit gegenüber dem bisherigen Lieferanten, sei es Prestigebedürfnis oder das Verlangen nach Erweiterung der einheimischen industriellen Basis. Das Ergebnis bleibt jedenfalls, dass die Ausweitung des Waffentransfers und der Ausbau nationaler Rüstungsindustrien ihren Höhepunkt noch lange nicht überschritten haben. Beide werden in vielfacher Weise die Bemühungen um internationale Sicherheit und Konflikt- und Rüstungskontrolle vor neue Probleme stellen.

Eines dieser Probleme besteht darin, dass die Verfügbarkeit konventioneller Waffen (Flugzeuge, Boden-Boden-Raketen) die Versuchung zur Nuklearrüstung erhöhen kann. Damit ist der Zusammenhang zum dritten Bereich, der zivilen nuklearen Proliferation, aufgezeigt. Auch hier werden jene alarmierenden Prognosen sehr genau zu prüfen sein, die für 1985 eine Welt mit zwanzig oder mehr Nuklearmächten voraussagen.

Erstens: es ist keineswegs gesagt, dass die heutige Welt mit fünf (oder, rechnet man Indien hinzu, fünfeinhalb) Nuklearmächten unbedingt sicherer ist als eine mit zehn oder fünfzehn. Entscheidend wird sein, welches die neuen Aspiranten für eine Nuklearrüstung sein werden. Die einmütige Reaktion aller Mächte auf Südafrikas Nuklearpläne zeigt - wenigstens in diesem Fall - wie empfindlich dieses Thema ist und mit welchem vereinten Druck ein "Spielverderber" zu rechnen hätte.

Zweitens: dem Erwerb ziviler nuklearer Reaktoren, ja selbst des vollen Kernbrennstoff-Kreislaufs ("full nuclear cycle") mit Aufbereitungs- und Anreicherungsanlagen, braucht nicht unbedingt der Entschluss zu nuklearer Rüstung zu folgen. Hier wird das Beispiel Brasilien sehr interessant sein.

./.

- 6 -

Drittens: ob sich Drittländer zur Bombe entschliessen, hängt nicht nur von ihren Wünschen und vom Verhalten ihrer Nachbarn, sondern auch von jenem der gegenwärtigen Nuklearmächte ab. Solange diese durch ihre eigene Rüstung erkennen lassen, dass sie nuklearen Waffen nach wie vor einen eminent militärischen und politischen Wert beimessen, steht zu befürchten, dass andere Länder zu ähnlichen Ansichten kommen.

Viertens: Entstehung und Erweiterung des sogenannten "Londoner Klubs" nuklearer Lieferanten, dem die Schweiz auch angehört, ist einmal Beweis dafür, dass offenbar die im Atomsperrvertrag eingebauten Sicherungen nicht ausreichen. Zum andern wird viel vom Verhalten dieses Klubs abhängen, ob er als eine Institution akzeptiert wird, deren Politik globalen sicherheitspolitischen Interessen dient oder ob er sich lediglich als eine Art "nukleare OPEC" zur Bewahrung der nuklear-industriellen Vorrangstellung der Industrieländer entpuppt.

Fünftens: die praktische Monopolstellung der USA bei der Versorgung der nichtkommunistischen Welt mit angereichertem Uran hat der Entwicklung von Anreicherungsanlagen zumal in Europa starken Auftrieb verschafft. Der Fall Brasilien zeigt, dass - ähnlich wie im Bereich der konventionellen Rüstung - auch Länder der Dritten Welt diese Abhängigkeit als hinderlich empfinden und sich von ihr genauso befreien wollen wie offenbar viele europäische Länder.

Im übrigen werden wir voraussichtlich mit ganz erheblichen Spannungen zwischen den USA und Europa auf dem Gebiet der Proliferationspolitik rechnen müssen. Die verschiedenen Auffassungen über Gefahren und Kontrolle der Proliferation belasten die atlantischen Beziehungen so wie sie umgekehrt eine zweckbedingte Annäherung zwischen den beiden Weltmächten fördern können. Hier stehen sich wohl die Sorgen einer in Kategorien globaler Sicherheit denkenden Weltmacht einerseits den vorwiegend wirtschaftlichen Interessen der europäischen Klein- und Mittelstaaten andererseits gegenüber

./.

- 7 -

Wenn all das gesagt ist, wird man dennoch die künftige Entwicklung im nuklearen Bereich mit besorgter Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Nach Feststellungen des Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) werden bis 1980 weltweit etwa 250'000 kg Plutonium vorhanden sein. Zu den gegenwärtigen 15 nicht atomar gerüsteten Ländern mit Kernreaktoren werden acht weitere (darunter Brasilien, der Iran, Südkorea und Taiwan) hinzugestossen sein. 1984 werden 28 solcher Länder Kernreaktoren mit einem jährlichen Plutonium-Ausstoss von etwa 30'000 kg haben; theoretisch genügt dies um 10 Zwanzig-Kilotonnen Bomben pro Tag herzustellen. Es grenzte bei einem solchen Potential in der Tat an ein Wunder, bliebe es auch dann noch bei den fünf militärischen Nuklearmächten von heute. Das umso mehr, als neben den Kernreaktoren auch die Zahl von Wiederaufbereitungs- und Anreicherungsanlagen wächst, die Schwelle zur militärischen Rüstung also entsprechend leichter überschritten werden kann.

Das eigentliche Problem sowohl bei der Ausbreitung konventioneller Rüstung wie nuklearer Technologie liegt aber meines Erachtens im Fehlen entweder des politischen Willens oder der technischen Möglichkeiten (oder von beidem), diese Entwicklungen auch nur einigermaßen unter gemeinsamer Kontrolle zu halten. Wie sollte es anders sein, wo selbst die beiden Weltmächte an der Drosselung ihres eigenen Rüstungswettlaufs zu scheitern drohen.

Dynamischer Rüstungswettlauf

Entgegen den Erwartungen vieler setzt sich vielmehr ihr strategischer Rüstungswettlauf fort. Damit findet sich einmal die Erkenntnis bestätigt, dass die Rüstungstechnik ihre eigene Triebkraft weder verliert noch sich auf einem bestimmten Höchststand einpendelt oder verlangsamt. Zum ändern müssen wir heute erkennen, dass das erste SALT-Abkommen von 1972 einer möglicherweise einmaligen, jedenfalls ausserordentlich seltener Konvergenz von an sich verschiedenen Entwicklungen und Interessen der beiden Seiten zu verdanken ist. Diese

./.

- 8 -

Konvergenz hat sich seither nicht wiederholt, obwohl das Interimsabkommen zur Begrenzung der strategischen Offensivwaffen am 3. Oktober ausläuft.

Die Führungsstellung der USA und der Sowjetunion auf strategischem Gebiet bleibt unbestritten. Beide Mächte haben in den letzten zwei Jahrzehnten - nach einer Feststellung von Verteidigungsminister Brown - etwa den gleichen Gesamtbetrag für ihre Rüstung aufgewandt: die USA wesentlich mehr im ersten Jahrzehnt (1956-1966), die Sowjetunion mehr im zweiten. Gerade dieses Auf- und Einholen auf sowjetischer Seite hat in westlichen Kreisen das beunruhigende Gefühl geweckt, die Sowjetunion sei dabei, eine strategische Ueberlegenheit über den Westen und die USA im besonderen zu gewinnen. Eine nähere Prüfung zeigt, dass gesamthaft gesehen, das strategische Kräfteverhältnis dennoch als ausgeglichen bezeichnet werden kann.

Die Vereinigten Staaten verfügen nach wie vor über einen bedeutsamen technologischen Vorsprung. Er findet seinen Ausdruck in einer besseren Mehrsprengkopf- (MIRV) Technologie, in grösserer Zielgenauigkeit und der Entwicklung neuer Waffensysteme. Dazu gehören ein neuer Sprengkopf vom Typ Mk 12A mit verbessertem Führungssystem, die mobile Rakete MX mit 8-10 Sprengköpfen sowie die verschiedenen Typen der Cruise Missiles (Marschflugkörper). Diese amerikanischen Vorteile werden auf sowjetischer Seite ausgeglichen durch die - in SALT I zugestandene - höhere Zahl von Raketen, deren grössere Schubkraft und ein dynamischeres Raketenprogramm. Die Sowjetunion führt gegenwärtig mehrere neue Raketen ein, darunter auch die mobile SS-X-20. Mit einer Reichweite bis zu 4000 km kann sie in erster Linie gegen Westeuropa, aber darüber hinaus auch bis nach Nordafrika und den Mittleren Osten eingesetzt werden. In den frühen achtziger Jahren dürften die USA über insgesamt 14'000 einzeln einsetzbare Sprengköpfe (MIRV), die Sowjetunion über 7500 allerdings stärkere Sprengköpfe verfügen.

./.

Beide Mächte befinden sich demnach trotz - oder vielleicht sogar wegen - ihrer Rüstungskontroll-Verhandlungen im Prozess fortlaufender Rüstung. Für deren weiteren Verlauf können die nächsten ein bis zwei Jahre entscheidend sein: dann wird sich nämlich zeigen, ob nach Jahren ungewöhnlicher Anstrengungen sich die Kurve sowjetischer Aufrüstung abflacht, ob sich bei SALT neue Ansätze für Vereinbarungen finden und, drittens, ob sich die Entwicklung neuer Waffensysteme verhindern oder wenigstens verlangsamen lässt.

Im Vergleich hierzu liegt China (nach Aussagen des CIA-Direktors Turner) um 15-20 Jahre zurück. Paradoxe Weise hat die von den Linksradikalen betriebene Verachtung des Spezialistentums China noch abhängiger von ausländischer Technologie gemacht als das die Absicht war. Die Nuklearrüstung ist davon erstaunlich wenig betroffen worden. Sie hat sich aber verlangsamt und wird möglicherweise auf Schwierigkeiten stossen, wo es um komplexere Systeme, vor allem bei Unterseebooten, geht. Zur Zeit liegen die eigentlichen Schwierigkeiten Chinas bei der konventionellen Rüstung. Ihre Finanzierung wird zweifellos sehr bald in Rivalität mit der Forderung nach Modernisierung der Gesamtwirtschaft geraten. Die Streitkräfte und ihre Ausrüstung sind aber vielfach überaltert. Hier liegt ein starker Anreiz, auf ausländische - zumal westliche - Technologie zurückzugreifen. Auf lange Zeit hinaus wird China Weltmacht nur dem Anspruch oder, genauer vielleicht, seinen potentiellen Möglichkeiten nach bleiben.

Krise der Rüstungskontrolle

Die Einführung neuer Waffen sowohl im strategisch-nuklearen wie im konventionell-militärischen Bereich hat die Aussichten auf eine effektive Rüstungskontrolle ungemein erschwert. Die Technik läuft, wie Kissinger richtig voraussagte, der politischen Kontrolle davon. Die Welt steht heute an der Schwelle einer weitreichenden Revolution der Rüstungstechnologie, wie sie allenfalls einmal in einer Generation stattfindet.

- 10 -

Es gibt insbesondere zwei Gründe, die die bisherige Politik der Rüstungskontrolle ("arms control") in eine Krise geführt haben. Das ist einmal die Entwicklung mobiler Offensivraketen sowie der bereits erwähnten Cruise Missiles: beide Waffen verwischen dank ihrer besonderen Eigenschaften die traditionelle - und nützliche - Unterscheidung zwischen "taktischen" und "strategischen", "nuklearen" und "konventionellen" Waffen. Sie tun es deshalb, weil sie - besonders die Cruise Missiles - als eigentliche Mehrzweckwaffen in allen diesen Funktionen eingesetzt werden können. Eines der grossen Hindernisse bei den gegenwärtig stagnierenden SALT-Verhandlungen ist gerade der Disput, ob und welche der amerikanischen Cruise Missiles als strategische Waffen zu kennzeichnen und damit unter die im Waldiwostocker Abkommen festgelegten Höchstgrenzen fallen. Wo sie dies nicht tun, also keine strategische Aufgabe erfüllen, interessieren sie wiederum die Westeuropäer: Cruise Missiles von einer bestimmten Reichweite könnten in der Tat die westeuropäische Verteidigung erheblich verstärken. Als "euostrategische Waffen" vermögen sie die Sowjetunion zu erreichen und damit das ersehnte Gegengewicht gegen die in West-russland stationierten Mittelstreckenraketen zu bilden.

Wie man sieht, verknüpfen sich dank dieser waffentechnischen Entwicklung die bilateralen SALT-Verhandlungen immer mehr mit den multilateralen Verhandlungen über einen Truppenabbau in Europa (MBFR). Wir werden deswegen bei SALT bestenfalls ein sehr begrenztes zweites Abkommen, und bei MBFR eine weitere Stagnation erwarten dürfen, wenn nicht beide Seiten ihre bisherigen Positionen beweglicher gestalten.

Der zweite Grund für die Krise der Rüstungskontrolle liegt darin, dass diese Verhandlungen sich immer mehr als eine Belastung denn als ein Gewinn für die Ost-West-Beziehungen herausstellen. Sie verbrauchen mehr gegenseitiges Vertrauen als sie produzieren. Wo SALT I noch als Ausgangspunkt für ein neues sowjetisch-amerikanisches Verhältnis gefeiert werden konnte, hat SALT II diese Beziehungen sichtlich

./.

- 11 -

strapaziert. Die Institutionalisierung des Spannungsdialogs gerade auch in Gestalt solcher Rüstungskontrollgespräche gab der Vorstellung Auftrieb, das politische Klima könne damit verbessert und die militärische Rüstung gebremst werden. Das hat sich als Irrtum herausgestellt. Dies ist zumal da der Fall, wo die eine - sowjetische - Seite gerade in der Rüstung ein dynamisches Element zur Veränderung einer scheinbar eingefrorenen politischen Lage zu sehen glaubt.

Die Sowjetunion als Weltmacht

Eines der zweifellos bedeutsamsten Ereignisse der jüngsten Zeit ist, dass die Sowjetunion den Status einer Weltmacht beansprucht. Erstmals in der neueren Geschichte erhebt damit ein totalitär organisiertes Land nicht nur Anspruch, sondern verfügt tatsächlich auch über die Machtmittel, Weltpolitik im weitesten Sinne zu betreiben: dieses Novum ist noch keineswegs überall in seiner Tragweite erkannt worden.

Das Argument, die Sowjetunion als Landmacht brauche keine mächtige Ueberseeflotte, ändert nichts an der Tatsache, dass die sowjetische Führung nichts weniger als eben eine solche Flotte als unentbehrlich für diesen neugewonnenen Status betrachtet. Bisherige Erfolge, wie kurzlebig auch immer, haben sie in dieser Auffassung bestätigt. Ausserdem sind militärische Präsenz und Rüstungshilfe für sie umso wichtiger, als sie auf anderen, nicht-militärischen Gebieten keineswegs das zu bieten hat, was von einer Weltmacht normalerweise erwartet wird. Sowjetische Einflussmöglichkeiten sind deswegen überall da am grössten, wo politische Konflikte den Bedarf an Waffen besonders gross werden lassen. Das war im Mittleren Osten so und ist es heute in manchen Teilen Afrikas. Militärische Präsenz allerdings ist noch nicht gleichbedeutend mit wirklichem Einfluss. Auch Moskau ist dabei zu lernen, dass das Auftreten als Weltmacht das Risiko von Rückschlägen nicht vermindert, sondern erhöht.

- 12 -

Es bleibt die Frage, wie sich die gewachsene sowjetische Militärmacht auf Europas Sicherheit auswirkt. Dem alten - und überraschend wenig veränderten - europäischen Sicherheitsproblem, die Bedrohung auf dem Kontinent, ist durch Moskaus globales Ausgreifen eine neue Dimension zugewachsen. Eine Verwicklung der Sowjetunion in Krisen und Konflikte ausserhalb Europas kann nämlich auch auf dieses zurückwirken. Die Entwicklungen im Mittleren Osten sind dabei nur das - im wahrsten Sinne - nächstliegende Beispiel. Die diesen ausser-europäischen Regionen innewohnenden Instabilitäten können dort Europas Sicherheit berühren, wo sie Anlass zur Intervention oder Rivalität der Weltmächte bilden. Man unterschätzt deshalb die Bedeutung des Nord-Süd-Konfliktes nicht, wenn man feststellt, dass der Ost-West-Konflikt zumindest für Europa seine zentrale Bedeutung behält.

Das heisst nicht unbedingt, dass die Gefährdung Westeuropas durch die sowjetische Rüstung gewachsen sein muss. In Mitteleuropa bedeutet gegenwärtig und in absehbarer Zukunft jeder militärische Angriff, unabhängig von seinem Umfang, politisch eine strategische Herausforderung. Ein geographisch begrenzter sowjetischer Kernwaffenangriff, der das nuklearstrategische Potential der USA unangetastet liesse, dürfte deswegen unwahrscheinlich sein. Von der sowjetischen Führung zu erwarten, sie könne sich von einem konventionell geführten Ueberraschungsangriff einen Erfolg versprechen, heisst ihre Risikobereitschaft über- und ihre vorsichtige Beurteilung westlicher Gegenmassnahmen unterschätzen. Es gibt bis auf weiteres keinen Anlass anzunehmen, die gegenseitige Abschreckung funktioniere nicht. Wer auf die politische Sprengkraft der sowjetischen Militärmacht hinweist, stellt weniger der sowjetischen als der eigenen Politik ein schlechtes Zeugnis aus.

./.

- 13 -

Doppelte Asymmetrie

In dieser Hinsicht ist allerdings Skepsis angebracht. Zu einem ausgeglichenen und glaubwürdigen Gleichgewicht oder "balance of power" gehört nicht nur ein wirtschaftliches und militärisches Potential. Zu ihm gehört auch der Wille zum Erfolg, der sich in einer grundsätzlichen Gemeinsamkeit der Zielsetzung niederschlägt; zu ihm gehört ferner auch ein einigermaßen unbelastet nüchternes Verhältnis zum Gebrauch militärischer Macht als Instrument der Politik.

In beiden Fällen sehe ich eine Asymmetrie zugunsten der Sowjetunion und ihres Bündnissystems. Wie prekär auch immer der innere Zustand dieses Bündnisses und seiner Mitglieder sein mag, es ist Moskau vorläufig gelungen, politische Kohärenz und militärische Uniformität des Warschauer Paktes aufrechtzuerhalten. Sie heben sich deutlich von der zunehmenden Diversifizierung und dem Zerbröckeln gemeinschaftlicher Institutionen in Westeuropa ab. Man mag darin eine unvermeidliche Rückkehr zu Europas gewachsenen nationalen Traditionen sehen. Eine vielversprechende Ausgangsbasis für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben und erst recht die Erhaltung des strategischen Gleichgewichts ist es nicht.

Das Verhältnis der westlichen Gesellschaft zur militärischen Macht ist - aus verständlichen Gründen - vielfach getrübt. Es kontrastiert mit der viel grösseren Bereitschaft zur Anwendung von Macht oder Gewalt in der zweiten - kommunistischen- oder Dritten Welt. Ein zentrales Problem westlicher Regierungen wird deshalb sein, in Zeiten der Selbstzufriedenheit jene militärischen Machtmittel zu erhalten, die in Zeiten der Krise die Öffentlichkeit von ihnen fordern wird. Wehe der Regierung, wenn sie dann diese Mittel nicht sogleich greifbar zur Verfügung hat!

Es sind diese Asymmetrien in der "balance of power" mehr als die Gefahr eines offenen Konfliktes, denen unsere Aufmerksamkeit vor allem gehören sollte.

./.

Zusammenfassung

Ich fasse zusammen. Wir haben eine Welt vor uns, in der seit einigen Jahren in vielen Bereichen entscheidende Entwicklungen in Gang gekommen sind. Wir können bestenfalls ahnen, wohin sie uns führen und welche sicherheitspolitischen Probleme sie aufwerfen werden. Es fehlen weitgehend die Instrumente und Mechanismen, sie auch nur einigermaßen in Griff zu bekommen.

Dazu gehören in erster Linie die Ausbreitung machtpolitischer Instrumente und der Aufstieg neuer regionaler Mächte. Beides wird den Status der Weltmächte und ihr gegenseitiges Verhältnis ebenso beeinflussen wie Stand und Umfang weltweiter Rüstung. Diese wird nicht allein von dem fortgesetzten Rüstungswettlauf der beiden Weltmächte bestimmt, sondern, davon mitbeeinflusst, von der Entstehung neuer Rüstungsindustrien in der Dritten Welt und dem Transfer zumal nuklearer Technologie.

Das strategische Kräfteverhältnis erscheint gegenwärtig als ausgeglichener. Es wird aber durch die ständige Verbesserung bestehender und die Einführung neuer, in ihrer Wirkungsweise polyvalenter Waffensysteme zunehmend kompliziert. Das hat auch zu einer Krise der Rüstungskontroll-Verhandlungen geführt. Ohne neue Konzeptionen sind nur bescheidene Ergebnisse dieser Verhandlungen zu erwarten; sie belasten zudem das Ost-West-Verhältnis anstatt es zu verbessern.

Der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht verlängert die ost-westliche Rivalität in neue Regionen und schafft eine neue, aussereuropäische Dimension für Europas Sicherheit. Dieser Aufstieg betont das besonders enge Verhältnis der Sowjetunion zur militärischen Macht: hierin ebenso wie in der Geschlossenheit des sowjetischen Bündnissystems liegt eine für den Westen ernstzunehmende Asymmetrie in den richtigen Proportionen zu sehen haben, weil sie durch viele Schwachstellen im östlichen Lager kompensiert wird. Aber das gehört zweifellos bereits zum Thema des nächsten Referats.